



## „Irgendwann werden wir schießen müssen“



Die

linksextremistische Szene scheint sich weiter zu radikalisieren. Nach den Gewaltexzessen mit 120 zum Teil schwer verletzten Polizeibeamten am vergangenen Wochenende in Hamburg gibt ein auf der Szene-Plattform „Indymedia“ veröffentlichtes Pamphlet nun Aufschluss darauf, wie sich die Radikalen die Zukunft vorstellen: Zwillen und Molotowcocktails sollen durch Hand- und Schnellfeuerwaffen ersetzt werden.

So [schreibt](#) eine Gruppe mit dem Namen „Das unverbesserliche Kollektiv“ über eine mögliche Räumung der illegal besetzten „Rote Flora“:

*Unsere Hypothese für die Flora-Räumung: 200 Leute, 400 Mollis und dazu 50 GenosInnen mit Zwillen, jeweils 15 Schuss Stahlkugeln – und die Bullen werden den Abstand einhalten der geboten ist. Zweitausend bewaffnete, mit Hand- und Schnellfeuerwaffen – und die Bullen werden das Viertel*

verlassen.

*Das Traurige zum Schluss: Irgendwann werden wir schießen müssen. Das ist unvermeidlich. Nicht weil wir das Blutbad wollen. Sondern weil die Bullen uns jeden Raum genommen haben, den wir uns dann mit aller Gewalt zurückerobern müssen. Um atmen zu können. Um nicht in der Diktatur zu ersticken. Um nicht eines Tages aufzuwachen, nur um festzustellen, dass wir bereits tot sind.*

*Wir hoffen nur, dass wir nach der Scheiße, die uns der Bürgerkrieg abverlangt, noch genügend Menschlichkeit besitzen, das Andere, wozu wir antraten, zu verwirklichen.*

Sind das die Anfänge eines neuen linken Terrorismus?

---

## Hamburger Krawalle und rote Verbrecher



Die jüngsten Hamburger Krawalle [der links-autonomen Verbrecherflora](#) sind empörend, aber auch aufschlußreich in vielerlei Hinsicht. Tausende roter Gewalttäter, wie immer gedeckt vom linken

Bösmenschen-Biotop, das auch die Randalen angemeldet hatte, starteten vom ersten Moment an Angriffe gegen die Polizei, verletzten über 120 Polizisten, davon 20 schwer (Foto), und die rotversifftete Jounaille schwafelte etwas von Lampedusa und Gentrifizierung, wogegen sich die allerliebsten Schlägertypen wehren würden.



Schon am Freitag

waren die ersten linksextremen Kriminellen angereist, griffen gleich die Davidswache an und sorgten für die ersten Sachschäden (Foto). Wer gibt diesem roten Gesockse das Recht, die Polizei anzugreifen? Alleine der Polizeieinsatz kostete eine Million Euro, die Sachschäden insgesamt gehen in die Millionen, und was schreibt Kersten Augustin, eine linksgebürstete ZEIT-Tussi, dazu? Das rot sozialisierte Mädchenhirn [untersucht, wer angefangen hat](#), und verteilt die Schuld gleichmäßig. Die Presse weiß nicht mehr, daß das Recht bei einer Randalen in einem Rechtsstaat immer bei der Polizei und Exekutive liegt. Es gibt hier keine gleichwertigen Parteien mit gleichen Rechten. Die Polizei kann die Pöbler jederzeit verhaften und die Demo abblasen – nur tut sie das leider bei den Roten viel zu wenig!





Nach Meinung dieser Augustin muß sich die Polizei also erst mal mit dicken Pflastersteinen das Hirn einwerfen lassen (Foto), bevor sie eingreifen darf, und Augustin ist nicht allein. In der gleichfalls linksversifften Süddeutschen beklagt sich eine andere Sympathisantin der roten Banditen namens Charlotte Parnack, [in Hamburg sei das Gesetz](#) so kalt – Lampedusa und so, wir wissen schon:

*Vielleicht gerade, weil alles so genau nach Recht und Gesetz zugeht. Das – und nicht die offensichtliche Tatsache, dass es sich nicht gehört, Polizisten zu verhauen – ist die Erkenntnis, die nach einem Wochenende wie diesem bleibt.*



Die Polizisten müssen sich also mit herausgerissenen Verkehrsschildern (Foto) den Schädel einschlagen „verhauen“ lassen, damit es wärmer und herzlicher dort wird und die richtige Willkommenskultur für Asylbetrüger um sich greifen

kann.

Und so sieht man wieder einmal die ganze rote Palette: Wohlstandsverwahrloste junge, linke Gewaltverbrecher, welche von roten Eltern und Lehrern ungezogen glauben, sie stünden über dem Recht, weil Linke immer das höhere Recht haben und sich über alles hinwegsetzen dürfen, die verdummten Einwohner, die abartig versumpfte Journaille, welche die linksextreme Gewalttaten verschweigt, klein redet oder sie sogar noch befürwortet, die rotgebürsteten Versager und Feiglinge in der höheren Polizeiführung und Justiz – wer glaubt denn, einer von den Randalierern komme vor Gericht – und ganz oben die kommunistische Politik von der Mauermörderpartei bis zur Kanzlerin.

Der Hamburger Justizsenator (SPD) war während der Krawalle bei einem Fußballspiel des HSV, und Bürgermeister Scholz (SPD) weilt zu Weihnachten im sonnigen Süden. Nicht daß es etwas geändert hätte, wenn diese roten Socken da gewesen wären!

PS: Nicht nur ZEIT, SPIEGEL, Süddeutsche & Co sind linksversifft, auch Blätter wie die FAZ. Die [Wortwahl in diesem Artikel](#) zeigt genau, wie erfolgreich die linke Gehirnwäsche ist. Die roten Krawallbrüder, Randalierer, Gewalttäter und Verbrecher nennt die FAZ nie so, sie schreibt nur verharmlosend von gewaltbereiten Autonomen, Demonstranten und Aktivisten! Da fängt die Lüge schon an! Bei der Sprache! Nur Leser-Kommentare enthalten noch Klartext!



# Krawalle in Hamburg: „Die Polizei ist schuld“



Bürgerkriegsähnliche

Bilder lieferten gestern die schweren Ausschreitungen der Linken in Hamburg ([PI berichtete](#)). Mehr als 3000 Polizisten waren im Einsatz, sie wurden mit Steinen, Flaschen und Feuerwerkskörpern angegriffen. Die Hamburger Feuerwehr war mit 67 Mann im Einsatz. Bilanz der Krawalle: 117 verletzte Polizisten, 16 davon schwer. 19 Personen wurden wegen des Verdachts auf Landfriedensbruch vorläufig festgenommen.

*(Von L.S.Gabriel)*

Sogar für die gewaltgewohnte Polizei in Hamburg war das eine neue Dimension. Die Innenstadt war schon im Vorfeld zur „Gefahrenzone“ erklärt worden. Die Hamburger Polizei bekam 1770 Mann Verstärkung von Kollegen aus Bayern, Schleswig-Holstein, Hessen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und der Bundespolizei.

*„Solche Gewaltausbrüche hatten wir schon lange nicht mehr“, sagte ein Polizeisprecher am Abend. Das Besondere: Es habe keinerlei Rücksicht auf die Gesundheit von Polizisten und Unbeteiligten gegeben. „Das ist ungewöhnlich und neu.“, [berichtet die FAZ](#)*

Die Polizei spricht von rund 7.300 Teilnehmern der linken Randalen zum Erhalt des de facto seit Jahrzehnten von den Staatsfeinden besetzten ehemaligen Flora-Theaters im Schanzenviertel, das nun endlich geräumt werden soll. Seitens der Organisatoren wird von bis zu 10.000 „Demonstranten“ berichtet, die ebenfalls für ein Bleiberecht der auch schon als gewaltbereit aufgefallenen afrikanischen Flüchtlinge ([PI berichtete](#)) eintraten.

Im Polizeibericht heißt es:

*In der Hamburger Innenstadt, Steindamm, war für 12.00 Uhr unter dem Tenor „KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und Migrantinnen – Hamburg“ eine stationäre Versammlung angemeldet worden.*

*Die Demonstration unter dem Tenor „Kampagne Flora bleibt Unverträglich“ sollte ab 14.00 Uhr in der Straße Schulterblatt beginnen. Dem Anmelder wurde die Auflage erteilt, den angemeldeten Marschweg zu ändern. Die ursprünglich geplante Route u.a. durch die Simon-von-Utrecht-Straße, Talstraße und Reeperbahn wurde aufgrund der Angriffe auf die Davidwache in der vergangenen Nacht untersagt.*

Die Lage eskalierte aber sehr schnell:

*Im weiteren Verlauf kam es zu zahlreichen Sachbeschädigungen an Geschäften und Einrichtungen im Bereich des Schanzenviertels. Die Filiale eines Drogeriemarktes im Schulterblatt wurde mit Steinen beworfen. Die Steine durchschlugen die Fensterscheiben und gefährdete Kunden sowie Angestellte des Geschäftes. (...) In der Reeperbahn wurde Baustellenmaterial auf die Fahrbahn gezogen, sodass die Straße für den Fahrzeugverkehr gesperrt werden musste. Die Störergruppen entzündeten Fahrzeuge, warfen Schaufensterscheiben ein und beschädigten Einsatzfahrzeuge der Polizei. (...) Die Randalierer zogen in Gruppen durch St. Pauli und begingen zahlreiche Sachbeschädigungen sowie*

*Brandlegungen an Müllcontainern. Gegen 19:20 Uhr wurde ein Fahrzeug der Verkehrsdirektion mit Steinen beworfen. (..)*

*Dazu Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch: „Ich habe die Geschehnisse vor Ort beobachtet. Betroffen bin ich über die offensichtliche Bereitschaft der Störer, die Gefährdung für die Gesundheit und das Leben von Unbeteiligten und Polizisten in Kauf zu nehmen.“*

19 Festnahmen bei laut Polizei über 4000 gewaltbereiten Personen. Da kann man wohl nicht von „Unverhältnismäßigkeiten“, zumindest nicht im Sinne von Recht und Ordnung, sprechen. Dennoch wird auch hier die ohnehin durch eine völlig hysterische Deeskalationspolitik ihrer Macht beraubte Polizei von den kriminellen linken Banden zum Sündenbock für die Gewaltorgie gestempelt.

Die [FAZ](#) berichtet:

*Die Organisatoren der Demonstration gaben der Polizei die Schuld. „Die Eskalation war offenbar politisch gewollt, um die Durchführung der Bündnisdemonstration gänzlich zu unterbinden“, schrieben sie in einer Stellungnahme. „Das Agieren der Polizei hingegen stellt den skandalösen politischen Versuch dar, das Versammlungsrecht auszuhebeln.“ Demonstranten klagten auch über das Vorgehen der mehr als 2000 Beamten, die teilweise Pfefferspray einsetzten. „Die Polizei war sehr aggressiv und hat übertrieben“, sagte einer der Demonstranten. „Das Auftreten der Polizei ist schon sehr krass. So unkontrolliert und nervös haben wir es nicht erwartet“, sagt ein anderer.*

Zurück bleibt die Erkenntnis, Linke können jahrzehntelang gegen das Recht verstoßen und sich fremden Eigentums bemächtigen. Wenn dann doch einmal der Staat versucht sich durchzusetzen, wird dagegen mit Gewalt agitiert. Erheblicher Sachschaden wird – ebenso wie die Gefahr für Leib und Leben



anderer – nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern offenbar sogar bewusst vorangetrieben. Nur ein Bruchteil des Mobs wird festgenommen, der Rest darf seiner Wege gehen und den nächsten Angriff auf den Staat, sein Verteidigungspersonal und die Bevölkerung planen.

---



## **Linke Randalen: Hamburg im Ausnahmezustand**



Hamburg erlebt derzeit die schwersten linksradikalen Krawalle seit langem, in Teilen der Stadt herrschen bürgerkriegsähnliche Zustände. Bereits zu Beginn einer Kundgebung der linksextremistischen Szene mit rund 7300 Teilnehmern wurden Polizeibeamte massiv mit Steinen, Flaschen und Böllern angegriffen. Nach der Auflösung entlädt sich der Hass selbsternannter „Autonomer“ nun durch Einwürfe unzähliger Schaufensterscheiben. Die

Polizei berichtet unterdessen von bisher 22 verletzten Beamten. Eine Polizistin wurde nach einem Steinwurf bewusstlos ins Krankenhaus eingeliefert.

In der Nacht haben linke Staatsfeinde zudem die Davidwache im Stadtteil St. Pauli attackiert. Die „Hamburger Morgenpost“ [berichtet](#) dazu:

*Großeinsatz auf dem Kiez! Nach der Partie des FC St. Pauli gegen den KSC machte sich eine Gruppe von rund 150 Personen vom Stadion auf in Richtung Neuer Pferdemarkt. Die Polizei kam hinzu, stoppte dem Mob, der sich aufteilte. Ein auf YouTube veröffentlichtes Video zeigt, dass Böller und andere Feuerwerkskörper flogen. Kurz darauf kam es zum Angriff auf die Davidwache. Steine und Farbbeutel flogen Die Halterungen von Verkehrsschildern wurde genutzt, um die Frontscheiben diverser Peterwagen einzuschmeißen. Auch Passanten wurden dabei verletzt.*

*Es könnte ein Vorgeschmack darauf sein, was die Stadt heute bei den Demos erwartet. Insgesamt sechs Fensterscheiben der Davidwache gingen kaputt, sieben Polizeiautos wurden beschädigt. Die Polizeiwache musste mit mehreren Hundertschaften abgesichert werden. Vier Personen wurden in Gewahrsam genommen.*

*Im Anschluss an die Attacke auf die Davidwache wurden in der näheren Umgebund Mülltonnen angezündet und die Scheiben einer Haspa-Filiale eingeworfen.*

Erst kürzlich hatten Linksextremisten eine andere Hamburger Polizeiwache angegriffen ([PI berichtete](#)). Auf einen „Kampf gegen Links“ wird man gleichwohl vergeblich warten...

» [Live-Ticker der „Hamburger Morgenpost“](#)



## Berlin: „Autonome“ greifen SPD-Zentrale an



Politisiertere

Asoziale (Eigenbezeichnung: „Autonome“) haben in Berlin das Willy-Brandt-Haus mit Steinen attackiert und dabei mehr als ein Dutzend Fensterscheiben beschädigt. Sie wollten damit offenbar ihren Unmut über den Ausgang des Mitgliederentscheids zur Großen Koalition zum Ausdruck bringen. Erst kürzlich hatte es einen ähnlichen Anschlag auf eine Polizeiwache in Hamburg-St. Pauli gegeben ([PI berichtete](#)).

Die konservative Wochenzeitung „Junge Freiheit“ [schreibt](#):

*Linksextremisten haben sich zu einem Angriff auf die Bundeszentrale der SPD in Berlin bekannt. Nach Angaben der Polizei bewarfen etwa 15 verummte Personen in der Nacht zu Dienstag das Willy-Brandt-Haus im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg mit Pflastersteinen. Bei der Attacke*

wurden 14 Fensterscheiben beschädigt. Der Polizeiliche Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen.

Nach Recherchen der JUNGEN FREIHEIT sind Linksextremisten für die Tat verantwortlich. Am Dienstag wurde ein Bekennerschreiben auf der linksextremen Internetseite „Indymedia Linksunten“ veröffentlicht. Darin begründen die Täter den Angriff mit der Zustimmung der SPD zur Großen Koalition. „Fühlt euch gesteinigt, Mitglieder der SPD für euer Votum“, heißt es in dem anonymen Schreiben.

Kritisiert werden auch die vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) verantwortete Agenda 2010, die angeblich rassistische Politik der SPD in Hamburg sowie das Bündnis der Sozialdemokraten mit der CDU in der Hauptstadt. Die SPD sei nach Ansicht der Linksextremisten eine Erfindung deutscher Autoritäten zur Kontrolle der Menschheit. Der Angriff solle ein Beweis sein für den „sozialen Krieg“ in Deutschland. Gleichzeitig drohten die mutmaßlichen Täter mit weiteren Attacken, auch auf andere Parteien wie die CDU und die Grünen. Das Bekennerschreiben endet mit den Worten: „Euer Schleim und eure Wendigkeit werden euch nicht vor uns schützen.“

Vor einigen Wochen hatten Berliner Linksextremisten bereits einen Angehörigen der rechten Szene [schwer verletzt](#). Berlin gilt unter Staatsschützern als „Hauptstadt des Linksextremismus“.





# Hamburg: Linksextreme greifen Polizeiwache an



Während die Politik mit der einseitigen Bekämpfung von vermeintlichem oder tatsächlichem Rechtsextremismus beschäftigt ist, agieren Linksradikale immer ungehemmter und aggressiver. In Hamburg-St. Pauli haben autonome Linksextremisten nun zum wiederholten Mal eine örtliche Polizeiwache angegriffen. Sie beschädigten dabei durch Steinwürfe mehrere Fensterscheiben. Im Jahr 2009 hatten ebenfalls linksradikale Täter vor der Wache zwei Streifenwagen angezündet (Foto).

Die „Hamburger Morgenpost“ [berichtet](#):

*Sie waren gerade auf dem Weg zu einem Unfall, als Jens G. und sein Kollege über Funk mitbekamen, dass 50 Autonome auf dem Weg zur Wache sind. „Sofort wurden die Fahrzeuge in die Garage gebracht und alle Türen verriegelt“, sagt der Beamte, der Mitglied in der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) ist.*

*Zu der Zeit waren drei Polizisten in dem Gebäude und vier Kollegen auf der Straße im Einsatz. Etwa zehn Vermummte stürmten gegen 19.45 Uhr auf das Polizeikommissariat zu und bewarfen es mit Steinen. Dabei wurden zwei Fenster im Erdgeschoss beschädigt. „Es wird einem schon mulmig. Man weiß*

*ja nie, ob die beim nächsten Mal vielleicht reinkommen“, sagt Jens G.*

*Die Wache 16 war in der Vergangenheit immer wieder Zielscheibe der Autonomen. Der heftigste Anschlag, der sich jemals in Hamburg ereignet hat: Anfang Dezember 2009 bewarfen Linksradikale das Polizeikommissariat und Beamte mit Steinen und setzten zwei Streifenwagen in Brand. Die Täter entkamen.*

*Vor dem Angriff auf die Wache hatten die Autonomen Donnerstagabend an der Weidenallee Bauzäune auf die Straße geworfen. Heftig: Am Neuen Pferdemarkt gingen Linksradikale auf zwei Beamte des Polizeikommissariats los, die in einem Streifenwagen saßen, um die Straße abzusperren. Sie warfen Steine auf das Fahrzeug, ramnten Eisenstangen durch die Fenster und warfen den schweren Fuß eines Baustellenschildes in die Frontscheibe.*

*Der Fahrer wollte flüchten und setzte zurück. Er krachte gegen ein mit zwei Fahrgästen besetztes Taxi. Wahnsinn: Die Randalierer griffen auch das Taxi an, bewarfen es mit Steinen und Eisenstangen. Der Fahrer (49) kam mit einem Schock ins Krankenhaus. Die Beamten hatten großes Glück. Sie blieben unverletzt. Die Täter konnten flüchten.*

*Hintergrund der Randale, bei der 140 Beamte im Einsatz waren, ist vermutlich die Forderung des Eigentümers Klausmartin Kretschmer, die Rote Flora bis zum 20. Dezember zu räumen.*

Für kommenden Samstag [plant](#) die linksautonome Szene einen Aufmarsch mit 3000 Personen. Sicherheitsbehörden befürchten bereits schwere Ausschreitungen. Linksmotivierte Gewalttaten beschränken sich indes nicht nur auf Hamburg. So wurde kürzlich in Berlin ein Angehöriger der rechten Szene von vier vermummten Linksextremisten [gezielt überfallen](#) und hierbei schwer verletzt. Er [erlitt](#) einen Schädelbasisbruch, mehrere Kopfplatzwunden, einen komplizierten Handbruch sowie eine zertrümmerte Kniescheibe. Mediale Empörung: Fehlanzeige!

» PI: [Hamburg: Schützt Polizeiführung "Autonome"?](#)

---



## Heute wird NPD-Verbotsantrag eingereicht



Die Bundesländer reichen heute ihren Antrag auf Verbot der NPD beim Verfassungsgericht ein. Die linkspopulistische Süddeutsche hyperventiliert bereits, die Partei sei quasi als zweite NSDAP [verfassungsfeindlich bis in die Knochen](#). Habe mich bisher noch keine Minute mit den diversen NPD-Programmen beschäftigt, aber den obigen drei Plakaten könnte ich sofort zustimmen. Daneben erscheint es geradezu lächerlich, eine Partei, die seit 40 Jahren durchgehend um die ein Prozent herum schrammt, als Gefahr für die Demokratie darzustellen. Nein, nein, sie soll im Rahmen des linken „Kampfes gegen Rechts“ abgeschlachtet werden.

Ausgangspunkt des neuen Verbotsantrags war ein Schnellschuß nach Entdeckung des NSU, den man gleich der NPD anhängen wollte. Aber bisher konnten keine Verbindung hergestellt

werden, wobei es noch nicht einmal bewiesen ist, ob es den NSU überhaupt gab.

Es ist auch aus vielen Gründen unwahrscheinlich, daß der Verbotsantrag Erfolg hat. Eine Demokratie kann nicht einfach selbstherrlich andere Parteien und Meinungen verbieten. Den ersten Fehler haben die Antragsteller bereits gemacht, indem man der Presse den Text des Verbotsantrags zugesteckt hat, bevor er heute Karlsruhe erreichte. Die Verfassungsrichter werden frühestens im April tagen. Sollte die NPD tatsächlich verboten werden, dann kann sie noch nach Straßburg.

PI hat die NPD noch nie unterstützt, und das wird so bleiben. Aber jedem PI-Leser muß gleichzeitig klar sein, wer im linken Mainstream der Nächste wäre, wenn die NPD verboten wird. Man denke nur daran, wie skandalös [Stürzenberger in München](#) heute schon behindert wird, und die roten Faschisten hierzulande haben noch nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie PI am liebsten sofort dichtmachen würden, wenn sie nur könnten und dürften!

---

## **Berlin: Farbanschlag auf Privathaus von Sarrazin**





Auf das Privathaus von Thilo Sarrazin ist in der Nacht von Samstag auf Sonntag ein Farbanschlag verübt worden. [Wie die BILD berichtet](#), war der frühere Bundesbank-Vorstand zum Zeitpunkt des Anschlages zu Hause und schlief. Die Polizei geht von einem Anschlag aus der autonomen linken Szene aus. Sarrazin war am Samstag einer der Redner der Compact-Konferenz „Für die Zukunft der Familie“, die der Spiegel gestern Abend in einem verächtlichen Artikel [„Homophoben-Konferenz“](#) nannte. Ob das die Linksextremen zu ihrer Tat bewogen hat, wurde nicht bekannt.

---

## **Gastwirte – Offensive im Kampf gegen Rechts™**

❌ PI berichtete bereits mehrfach über gastronomische Kampagnen gegen Rechts. Demnach machen Kampagnen wie „Kein Bier für Nazis“ in Lübeck bundesweit Schule. Da die Linken schon vor Urzeiten die Moral für sich gepachtet haben, sehen sie auch kein Problem darin, jeden von seinen Gastrechten auszuschließen, den sie als Feindbild definieren. Wer und was Nazi ist, bleibt den Linken selbstverständlich selbst überlassen.

*(Von Rechtskonservativer Denker)*

[So berichtet aktuell die rote Süddeutsche](#), die bereits gegen Michael Stürzenbergers Aufklärungsarbeit über den Islam Stimmung macht, dass sich immer mehr „Rechtsextreme in Münchner Lokalen einnisten“ würden. Wie immer, überall Faschisten wohin man schaut.

Die Prantl-Prawda brüstet sich in ihrem Artikel mit allerlei selbstgeglaufter Zivilcourage. Der Pächter des altdeutschen Wirtshauses „Teutonia“ am Rande des Olympiaparks, Werner Stock, sei direkt nach einer der Infoveranstaltungen über Rechtsextreme in Münchner Gaststuben, die neuerdings vor der nationalsozialistischen Wiedergeburt warnen sollen, zum Eingang seines Lokals gegangen, um voller Mut gegen Rechts einen „signalroten“ Aufkleber mit der Aufschrift „Hier ist kein Platz für Nazis und Rassismus“ an die Tür zu kleben.

Das, was dieses Käseblatt als „Zivilcourage gegen Rechts“ verkaufen will, ist letztendlich nichts anderes, als bestimmte Menschen von allgemeinen Rechten auszuschließen, weil sie eine bestimmte Gesinnung haben und somit auch nichts anderes als „Deutsche, wehrt euch! Kauft nicht bei Juden!“...

Diese rotlackierten Nazis, die so tun, als seien sie besonders tolerant und gegen jede Form von Ausschluss und Diskriminierung, tun genau das: Sie diskriminieren eine bestimmte Gruppe, weil sie so ist, wie sie ist. Ob eine rechtsextreme Gesinnung verwerflich ist oder nicht, ist nicht Entscheidung dieser vermeintlichen Gutmenschen, denn in Deutschland herrscht normalerweise die Meinungsfreiheit, die Gleichheit und Freiheit garantiert. Aber Intoleranz gegen „Intolerante“ ist total tolerant.

Weiter heißt es im Artikel, Stadtteilpolitiker hätten „registriert, dass sich rechtspopulistische, rechtsextreme oder islamfeindliche Gruppierungen in einigen Lokalen des Viertels einzunisten versuchen“.

Da werden die Begriffe „rechts“ und „rechtsextrem“ mal wieder über einen Kamm geschert. Verallgemeinerung war auch ein Instrument von Nazis und Kommunisten, um alle Ungewünschten als eine geschlossene Feindgruppe zu diffamieren.

Man wolle zudem „Wirte auf breiter Front für das Thema sensibilisieren“. Marcus Buschmüller von der Fachinformationsstelle gegen Rechtsextremismus macht seine Überwachungsabsichten klar:

*„Man erkennt sie meist nicht am Äußeren, sondern an ihren Äußerungen.“*

Weiter schreibt die SZ über die Tipps von Buschmüller an die gutmenschlichen Gastwirte:

*Sich informieren, wer sich so in der Szene tummelt, nachhaken bei der Reservierung, sich absichern durch Klauseln im Mietvertrag, hinhören, was geredet wird am Tisch, vom Hausrecht Gebrauch machen, lauteten die Empfehlungen. Oder eindeutige Aufkleber und Aushänge am Eingang anbringen – wie etwa in Regensburg geschehen.*

Man durchforstet also die Gästelisten nach bestimmten Namen. Genau wie die Stasi früher. Man will „Nazis“ über Klauseln aus einem bestimmten Raum der Öffentlichkeit ausschließen. Genau wie die Nationalsozialisten es mit den Juden taten. Man will Gespräche am Tisch belauschen, dass freie Meinungsäußerung und Ungestörtheit nicht mehr möglich sind. Genau wie bei der Stasi. Man will „Nazis“ per Hausrecht rausschmeißen, weil sie einer definierten Feindgruppe angehören. Genau wie die Nationalsozialisten. Man will schriftliche Hinweise anbringen, um bestimmte Menschen zu diskriminieren. Deutsche, wehrt euch! Kauft nicht bei Juden.

Miriam Heigl von der „Fachstelle gegen Rechtsextremismus“ fügt hinzu:

*„Die meisten Wirte in der Stadt wollen ja mit solchen Gästen nichts zu tun haben“.*

Zu guter Letzt brüstet sich die Süddeutsche noch einmal mit fremden Engagement im Interesse des Meinungsfaschismus:

*An 100 Gaststätten in Regensburg machen Aufkleber deutlich, dass Rassisten dort nicht bedient werden, berichtete Helga Hanusa, die die Initiative „Keine Bedienung für Nazis“ gegründet hat.*

Sehr schön, wie weit ihr mit eurer Ausschlussaktion schon gekommen seid. Wenn irgendwann auch „Kommunisten werden hier nicht bedient“ an Gaststättentüren klebt, ist Hitler bestimmt zurückgekehrt...

---

**Stuttgart: Ver.di-Funktionärin Ariane Raad an Erstürmung DDR-kritischer Ausstellung beteiligt?**





Über die Erstürmung einer DDR-kritischen Ausstellung zum Tag der Deutschen Einheit durch Linksextreme in Stuttgart berichteten wir bereits Anfang Oktober dieses Jahres ([hier](#), [hier](#) und [hier](#)). Jetzt durchsuchte [die Stuttgarter Polizei die Wohnung](#) der Gewerkschaftssekretärin [Ariane Raad](#) (30, kleines Foto). Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen „gemeinschaftlich begangenen Raubs“. Raad soll am 2. Oktober in Stuttgart mit rund 20 verummten Unbekannten das Jugendhaus Mitte gestürmt und die Schautafeln der DDR-Ausstellung „Die heile Welt der Diktatur?“ von den Wänden gerissen und geklaut haben.

*(Von PI-Stuttgart)*

Die Gewerkschaft glaubt an die Unschuld ihrer Mitarbeiterin und ist auch noch so unverfroren, die beschlagnahmten Gegenstände von Ariane Raad, wie Handy und Laptop, von Polizei und Staatsanwalt zurück zu fordern, weil sie „Eigentum der Gewerkschaft“ wären.

Raad fiel auch schon in der Vergangenheit durch „kreative Arbeit“ auf. Vor sechs Jahren hatte die [bei Ver.di für Jugendarbeit zuständige Mitarbeiterin](#) versucht, dem damaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Guenther Oettinger (CDU), eine Torte ins Gesicht zu werfen:



# Ist Frei.Wild inzwischen Freiwild?



Die Südtiroler Band Frei.Wild ist inzwischen Freiwild, auf das sich die rote SA von der SED-Mauermörderpartei bis zu den Grünen eingeschossen hat. Die Gruppe hat es nämlich gewagt, in einem Song auch einmal das Wort ‚Heimat‘ zu verwenden. Anscheinend hätte sie ‚EudSSR‘ singen sollen! Was für ein links abgeficktes, total verblödetes Land mit einer Qualitätsmistpresse sondersgleichen ist diese Republik geworden? Die letzten Frei.Wild-Fälle:

*Seit bekannt ist, dass Frei.Wild zum Start des neuen Albums im Media-Markt an der Stadtrodaer Straße auftritt, bekommt der Markt E-Mails in denen die Mitarbeiter als Nazis beschimpft werden. „Der Höhepunkt ist der Auftritt eines jungen Mannes im Markt gewesen, der unsere Kolleginnen an der Information mit Nazischweine und Verbrecher titulierte und*

*unser 33-Monate-Finanzierungsangebot als versteckte Anspielung auf 1933 bezeichnete“, sagt Andreas Blasche. Soviel Intoleranz in einer Stadt wie Jena ist für ihn erschreckend. „Es kann ja jeder seine Meinung haben und sie auch äußern, aber doch nicht andere beleidigen und bedrohen“, so Blasche.*

**Und:**

*Dirk Adams, innenpolitischer Sprecher der Grünen, schrieb an Marktleiter Matthias Klüber einen offiziellen Brief, in dem er ihn aufforderte, „Frei.Wild“ nicht auftreten zu lassen. Über diese Einmischung in geschäftliche Angelegenheiten seitens der Politik ist die Marktleitung wenig amüsiert. „Ausgerechnet die Grünen, die sonst vorgeben, die Toleranz mit Löffeln gegessen zu haben, legen ein Gebaren wie früher die DDR-Funktionäre an den Tag“, sagt Blasche ärgerlich.*

Der Media-Markt [in Jena hat sich](#) indirekt dem linken Pöbel gebeugt und den Auftritt abgesagt. Mit schuldig ist jedes mal auch die Polizei, die Sicherheitsbedenken äußert, anstatt den Roten Demokratie beizubringen. Und die nächsten grünen Faschisten [warten bereits in Regensburg](#):

*Abgeordnete der Oberpfälzer Grünen, der Bürgermeister der Gemeinde Obertraubling (Kreis Regensburg) und der Stadtjugendring Regensburg machen sich für die Absage eines am 13. Dezember geplanten Konzertes der Südtiroler Rock-Band „Frei.Wild“ in der Eventhall Airport in Obertraubling stark. Die Band spreche mit ihren „nationalistisch-völkischen Texten ganz gezielt Personen an, die für rechtsextremes Gedankengut empfänglich sind“, schrieb der Regensburger Grünen-Landtagsabgeordnete Jürgen Mistol am Montag in einem Brief an den Konzessionsnehmer des Airport, Marcel Backhaus aus dem mittelfränkischen Ellingen. Er forderte, ein Zeichen gegen „Intoleranz, Nationalismus und Ausgrenzung“ zu setzen und „Frei.Wild mit ihren braunen Tönen die rote Karte“ zu zeigen.*

*Auch der Mittelbayerische Kartenvorverkauf distanziert sich von dem „Frei.Wild“-Konzert in Obertraubling und wird dafür keine Karten verkaufen.*

Ist das alles? Nein, [in Hannover plant die](#) rote SA auch schon eine Randalie gegen die Südtiroler Band:

*Am Montag ist eine Seite im sozialen Netzwerk Facebook zu der Demonstration freigeschaltet worden, die bereits 24 Stunden später mehr als 1300 Sympathisanten hatte, Tendenz steigend. Die Demonstranten fordern, das Frei.Wild-Konzert abzusagen. Die Band fungiere mit ihren nationalistischen Texten als Bindeglied in die rechtsextreme Szene, so die Begründung. Zuvor hatte sich bereits der Stadtverband der Grünen gegen den Auftritt der Südtiroler Kombo ausgesprochen.*

Jedesmal das grünfaschistische rote Pack dazwischen! Das ist doch auffällig. Die mit ihrem „freiwilligen“ Veggis-Day. Freiwillig, sonst Rübe ab, das ist das wahre Gesicht der Grünen, wenn sie die Macht haben! Und ist das jetzt alles? Nein, denn [in Mannheim sind auch](#) ein paar interessante „Bedenkenträger“ gegen Frei.Wild am Wühlen:

*Genau solche Bedenken allerdings hat das Jugendkulturzentrum „Forum“ offenbar durchaus – auch im Blick auf „die ganze Tragweite der jüngsten Entwicklungen um rechtslastige Bands in Mannheimer Clubs“, wie es in einem „offenen Brief“ an die alte Seilerei heißt, der unter anderem unterschrieben wurde von Vorstandsmitgliedern des Stadtjugendrings Mannheim, von der Leitung des Jugendkulturzentrums „Forum“, von der Beauftragten für Integration und Migration der Stadt Mannheim, Daphne Hadjiandreou-Boll, vom Beauftragten für Musik und Popkultur der Stadt, Beril Yilmam, und vom künstlerischen Leiter des „Enjoy Jazz“-Festivals, Rainer Kern. „Wir sehen die akute Gefahr, dass sich hier im Rhein-Neckar-Delta eine Szene festsetzt, die für nationalistische, homophobe, rückwärtsgewandte, unter Umständen sogar*

*rechtradikale Töne steht“, heißt es darin weiter.*

Auch in München wird gegen Frei.Wild gehetzt: Die bayerischen Grünen beackern gerade den Circus Krone, [den Auftritt am 6. Dezember abzusagen!](#)

PI hat über Frei.Wild schon oft berichtet. Nehmen Sie [mal unsere Suchfunktion!](#)

---

## NRW: Linke Menschenjagd auf ein ganzes Dorf



Der Stadtteil Neumühl in der Ruhrmetropole Duisburg hat immer noch eher einen dörflichen Charakter. Wohl auch mit ein Grund, warum man sich bisher so erfolgreich gemeinsam gegen die Installierung eines riesigen Asylbewerberheimes mitten i Neumühl gewehrt hat. Zusammen mit der Bürgerbewegung PRO NRW, was für einige Linksextremisten den Supergau schlechthin bedeutet: [Auf der Hassplattform Linksunten-Indymedia](#) wird nun zur Menschenjagd auf alle Neumühler geblasen, die sich [auf der PRO NRW-Kundgebung](#) oder bloß in ihrer Nähe haben blicken lassen. Unter der Überschrift „Ein Dorf voller Nazis“ wird mit hochauflösenden Portraitfotos

nach den Namen und Anschriften ganz normaler Duisburger geforscht, darunter zahlreichen Frauen und Jugendlichen.

Der verantwortliche Fotograf für diese Menschenjagd ist nach Augenzeugenberichten erneut Mark Schwott alias Florian Breidenbach aus Oer-Erkenschwick gewesen. [Hier sind seine „gesammelten Werke“](#) von der PRO NRW-Demo in Duisburg-Neumühl zu begutachten.

☒ *Linksextremer Menschenjäger Mark Schwott aus Oer-Erkenschwick.*

Wo bleibt da eigentlich der Staatsanwalt? Bei sogenannten „Anti-Antifa-Aktivitäten“ von vermeintlichen oder echten Rechtsextremisten schlägt die Staatsmacht bekanntlich sehr schnell und sehr hart zu. Das Ausspähen von politischen Gegnern wird regelmäßig mit als Grund für Anklagen auf „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ angeführt. Sind vor dem deutschen Gesetz und vor allem deutschen Staatsanwälten nicht mehr alle Menschen gleich?

In jedem Fall überschreitet diese neuerliche Menschenjagd fanatischer Linksextremisten selbst die letzten moralischen Grenzen. Hasserfüllter und primitiver geht es nicht mehr. Wenigstens für diese Erkenntnis sind solche Aktionen hilfreich. Ansonsten ist jedem Betroffenen dringend empfohlen, mit Strafanzeigen bei Polizei und Staatsanwalt Ermittlungen zu erzwingen, wenn die Behörde schon nicht von alleine tätig wird. (Verstoß gegen das Recht auf das eigene Bild). Denn kein einfaches Parteimitglied und schon gar nicht ein parteiloser Teilnehmer oder Beobachter einer Versammlung muss es sich gefallen lassen, in Großaufnahme und quasi Steckbrief-artig abgebildet zu werden. Zulässig sind nur Gruppenaufnahmen von Demonstranten, bei der einzelne Personen nicht mehr genau erkennbar sind. Alles andere ist schlicht und einfach illegal und strafbar.

Genau das scheint nach PI-Informationen auch die Polizei so zu



sehen. Mehrere betroffene Duisburger Bürger haben inzwischen bei sehr kooperativen Beamten vor Ort Anzeige erstattet. Vielleicht mit ein Grund für den plötzlichen Diensteifer: Bei der abgebildeten Nr. 8 soll es sich um einen Staatsschutz-Polizisten in Zivil handeln, der vor Ort im Dienst war!